



UPDATES PHILIPPINES

Veröffentlichung der Nationaldemokratische Front der Philippinen

Amsterdamsestraatweg 50, 3513AG Utrecht, Niederlande

T: +31 30 2310431 | E: editors@updatesphilippines.info | W: updatesphilippines.info

2022 Nummer 8

Deutsche Ausgabe

7. Dezember 2022

LEITARTIKEL

AFP-Modernisierungsprogramm entlarvt Marcos Jr. als Werkzeug der US-Aggression

Präsident Ferdinand Marcos Jr. erklärte am 8. November unmissverständlich, dass das Modernisierungsprogramm der philippinischen Streitkräfte (AFP) während seiner Amtszeit fortgesetzt werde. Im gleichen Atemzug führt er den "Terrorismus" als Rechtfertigung für die Verwendung von Steuergeldern für den Kauf von mehr Nachtkampfsystemen, Transportflugzeugen, zusätzlichen Hubschraubern, die für Nachtflüge geeignet sind, und mehr Kommunikations- und Überwachungsausrüstung für Polizei und Militär an.

In Anbetracht der unablässigen militärischen Angriffe auf ländliche Gemeinden auf den Philippinen sind diese Aussagen verachtenswert. So hat die 203. Infanteriebrigade der AFP in den frühen Morgenstunden des 6. November die Dörfer Rizal, Aguas und Pitogo in der Stadt Rizal in der Provinz Occidental Mindoro mit Artillerie beschossen und bombardiert. Die örtliche Einheit der Neuen Volksarmee berichtete, dass mindestens 8.000 Einwohner gezwungen waren, ihre Häuser zu verlassen, um vor den Terrorangriffen zu fliehen. Das aktuelle Bombardement erfolgt nur etwa einen Monat, nachdem die AFP das Hinterland von Mansalay in der Provinz Oriental Mindoro beschossen und mehrere indigene Mangyan-Gemeinden mit rund 6.000 Einwohnern terrorisiert hat.

Anfang Oktober setzte die AFP die Einwohner von Himamaylan City in Negros Occidental unablässigen Bombardierungen aus und ließ ihrer aufgestauten Frustration über gescheiterte Militäroperationen freien Lauf. Die Bombardierungen führten dazu, dass mindestens 3 650 Familien gezwungen waren, ihre Häuser zu verlassen, was die lokale Regierung dazu veranlasste, den Notstand auszurufen.

Seit dem 19. Oktober finden in den Städten Toboso und Calatrava sowie in Escalante City in Negros Occidental wochenlange Kampfhandlungen statt, die von bewaffneten Kontingenten der AFP und der 6th Special Action Force der Philippine National Police durchgeführt werden. Diese jüngsten Operationen sind ein weiterer Beleg für die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen, die vom Marcos-Duterte-Regime begangen werden.

Unter dem Befehl ihres neuen Oberbefehlshabers Marcos Jr. verstärken die staatlichen Sicherheitsbeamten den Staatsterrorismus und die Angriffe auf die philippinische Bevölkerung. Während Marcos Jr. "äußere Bedrohungen" als Grund anführt, um die militärische Unterstützung der USA zu begrüßen, deutet sein Schweigen zu Chinas Übergriffen in der Westphilippinischen See auf etwas anderes hin. In Wirklichkeit zielt das Marcos-II-Regime darauf ab, öffentliche Gelder und ausländische Militärhilfe für seine brutale Aufstandsbekämpfungskampagne zu nutzen und dabei bäuerliche und indigene Gemeinschaften zu opfern.

Die Tatsache, dass Marcos Jr. die US-Militärhilfe für die "AFP-Modernisierung" angenommen hat, entlarvt ihn leicht als Werkzeug der US-Aggression. In Wirklichkeit geht es darum, die imperialistischen Interessen und die Kriegstreiberei der USA zu befriedigen, um dem militärisch-industriellen Komplex der USA größere Profite zu verschaffen und die vergeblichen Versuche, die bewaffnete revolutionäre Bewegung zu zerschlagen, zu unterstützen. Wenn überhaupt, dann zeigt dies, dass Marcos jr. - ähnlich wie sein Vater - eine Marionette der US-Machenschaften ist und, was noch wichtiger ist, dass er das gleiche Schicksal erleiden wird wie der verstorbene Diktator. **UP**



UNHRC-Mitglieder fordern Marcos-Regierung auf, außergerichtliche Tötungen und "rote Markierungen" zu beenden

Mehrere Mitgliedstaaten des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNHRC) äußerten sich während der formellen Sitzung der Universal Periodic Review Working Group am 14. November in Genf (Schweiz) besorgt über die Menschenrechtslage auf den Philippinen. *[Fortsetzung nächste Seite...]*

... *Fortsetzung*

Mindestens 30 Staaten forderten die Philippinen auf, die Straflosigkeit zu beenden und die Opfer außergerichtlicher Tötungen vor Gericht zu stellen. Andere Staaten, darunter die Vereinigten Staaten von Amerika, Sierra Leone, Schweden, Rumänien und Liechtenstein, forderten die Regierung Marcos II insbesondere auf, die Praxis der "roten Markierungen" zu beenden, die das Leben und die Freiheit von Menschenrechtsverteidigern, Journalisten, Umweltaktivisten und indigenen Völkern bedroht haben.

Sierra Leone ging noch weiter und forderte die Abschaffung der antikommunistischen Regierungsbehörde National Task Force to End the Local Communist Armed Conflict (NTF-ELCAC).

Mehrere weitere Staaten, darunter Irland, Estland, Österreich, Frankreich, Litauen und Lettland, forderten die Philippinen auf, dem Internationalen Strafgerichtshof wieder beizutreten oder zum Römischen Statut von 2002 zurückzukehren, mit dem der Internationale Strafgerichtshof gegründet wurde.

"Wir betrachten diese Äußerungen der internationalen Gemeinschaft als positiv und sollten von der philippinischen Regierung ernsthaft in Betracht gezogen werden. Wie erwartet, weigert sich die philippinische Regierung jedoch, die Schwere der Menschenrechtskrise auf den Philippinen anzuerkennen", sagte Renato Reyes, Generalsekretär der patriotischen Allianz Bagong Alyansang Makabayan (BAYAN).

Anfang der Woche sagte die UN-Sonderberichterstatterin für die Situation von Menschenrechtsverteidigern Mary Lawlor, sie finde es "ziemlich beunruhigend", dass die philippinische Regierung die 11 Empfehlungen des UNHRC ignoriert habe, als das Land zuletzt im Mai 2017 überprüft wurde.

Laut Frau Lawlor wurden die Philippinen aufgefordert, unparteiische Untersuchungen der Tötungen von Menschenrechtsverteidigern durchzuführen, Maßnahmen zu ihrem Schutz zu ergreifen und ein sicheres und förderliches Umfeld für ihre Arbeit zu schaffen.

Frau Lawlor sprach auf einer Veranstaltung im Vorfeld der vierten UPR auf den Philippinen. Zu den weiteren Rednern gehörten Delegierte des philippinischen Menschenrechtsbündnisses Karapatan, der National Union of Peoples' Lawyers, des People's Alternative Media Network, iDEFEND und Ron de Vera, Sohn der politischen Gefangenen und Frauenrechtlerin Adora Faye de Vera.

De Vera reichte später bei Frau Lawlors Büro eine formelle Beschwerde über die Verhaftung und Inhaftierung seiner Mutter ein, in der er detailliert auf die Entbehrungen hinwies, denen Insassen philippinischer Gefängnisse ausgesetzt sind. Die Generalsekretärin der NUPL, Josalee Deinla, reichte ebenfalls eine Beschwerde über die andauernde Inhaftierung der politischen Gefangenen Reina Mae Nasino und zweier weiterer Personen ein, obwohl ein Gericht erklärt hatte, dass die Durchsuchungsbefehle, die bei ihrer Verhaftung verwendet wurden, fehlerhaft seien.

Nasino geriet 2020 in die internationalen Schlagzeilen, als die Gefängnisbehörden ihr die Teilnahme an der Totenwache und Beerdigung ihres Kindes, das sie in der Haft zur Welt gebracht hatte, erschwerten.

Im Rahmen des UPR-Prozesses wird die Menschenrechtslage auf den Philippinen im Jahr 2027 erneut überprüft werden. **UP**

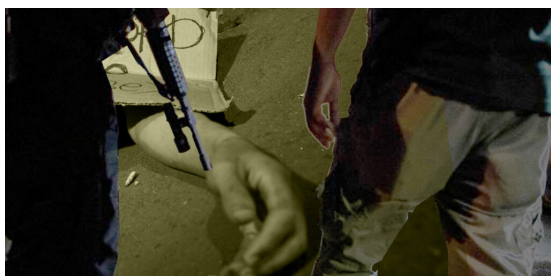


Bild: philippinerevolution.nu

CPP deckt Kriegsverbrechen von AFP und PNP auf

Die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) veröffentlichte am 29. Oktober einen Bericht über die von den Sicherheitskräften der Regierung der Republik der Philippinen in den letzten sechs Jahren begangenen Kriegsverbrechen. Der Bericht mit dem Titel "[AFP and PNP War Crimes](#)" (Kriegsverbrechen der AFP und der PNP) konzentriert sich auf Fälle von "Exekutionen im

Schnellverfahren", die von den philippinischen Streitkräften (AFP), der philippinischen Nationalpolizei (PNP) und anderen bewaffneten Vertretern der Regierung in Manila an Zivilisten, Nichtkombattanten und Hors de combat begangen wurden, die der CPP, der New People's Army (NPA) und der National Democratic Front of the Philippines (NDFP) angehören.

Die CPP enthüllte: "In den vergangenen sechs Jahren wurden mindestens 101 aktive und pensionierte Mitglieder der CPP und der NPA, Berater und Mitarbeiter der NDFP sowie ihre zivilen Begleiter, die gefangen genommen, verwundet oder nicht mehr in der Lage waren zu kämpfen, von Sicherheitskräften der Regierung in Manila unrechtmäßig getötet".

Unter den Getöteten waren 34 Nichtkombattanten und 44 Hors de combat, so der Bericht. "Von den Hors de combat waren 22 Verwundete, die im Kampf „erledigt“ wurden, anstatt verhaftet und versorgt zu werden... Von den Nichtkombattanten waren 19 Mitglieder der Partei und der NDFP, die nicht direkt in den bewaffneten Konflikt verwickelt waren oder sich nicht auf dem Schlachtfeld befanden".

Fortsetzung nächste Seite...

... *Fortsetzung*

In dem Bericht wird behauptet, dass diese Tötungen Kriegsverbrechen darstellen, "wie sie in den Genfer Konventionen und ihren Protokollen sowie in den Bestimmungen des Umfassenden Abkommens über die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts festgelegt sind." Der damalige NDFP-Vorsitzende Mariano Orosa und der GRP-Präsident Joseph Estrada unterzeichneten das CARHRIHL am 10. April 1998 im Rahmen der Friedensgespräche zwischen den beiden kriegführenden Parteien.

Dem Bericht zufolge handelte es sich bei 20 der Getöteten um ältere, pensionierte Mitglieder der CPP und der NPA. Der Bericht enthüllt auch, dass die AFP und die PNP versuchen, ihre Verbrechen zu vertuschen, indem sie die Opfer als "in bewaffneten Kämpfen getötet" oder als "bei der Verhaftung Widerstand geleistet" melden. Verschiedene "Beweise" wie Waffen, Sprengstoff und "subversive Dokumente" wurden an den Tatorten platziert, so der Bericht.

In dem Bericht wird der jüngste Fall angeführt, bei dem der Sprecher der NPA-Negros Island, Ka Juanito Magbanua, am 10. Oktober 2022 vom 94. Infanteriebataillon der AFP gefangen genommen und getötet wurde. Die AFP behauptete, Ka Juanito sei "im Kampf getötet" worden.

In diesem Zusammenhang ist das 63-jährige Mitglied des Zentralkomitees der CPP, Emmanuel Fernandez, am 30. Oktober in einem Dorf der Stadt Sen. Ninoy Aquino in der Provinz Sultan Kudarat eines natürlichen Todes gestorben. Die Nachricht von seinem Tod zog jedoch eine Einheit der 603. Infanteriebrigade der AFP an, woraufhin die Soldaten Fernandez' Leiche mit Kugeln beschossen. Die AFP behauptete später, Fernandez sei bei einem bewaffneten Zusammenstoß getötet worden. **UP**

NPA-Offensiven widerlegen Behauptungen der Marcos-Regierung

Eine Reihe erfolgreicher taktischer Offensiven, die in den vergangenen zwei Wochen von der New People's Army (NPA) gegen bewaffnete Sicherheitsbeamte der Regierung Marcos Jr. gestartet wurden, lassen ernsthafte Zweifel an der Behauptung aufkommen, die NPA und die bewaffnete revolutionäre Bewegung seien zerschlagen worden.

Das NPA-Kommando Jose Rapsing in der Inselprovinz Masbate überfiel am 7. November eine paramilitärische CAFGU-Einheit im Dorf Manlot-od in der Stadt Placer. Zwei feindliche Kämpfer starben bei dem Überfall. Bei den Gegnern wurden zwei Handfeuerwaffen, Munition und anderes Kriegsmaterial sichergestellt.

Die NPA-Masbate gab an, seit Anfang 2022 mehr als 20 taktische Offensiven gegen verschiedene Einheiten der philippinischen Streitkräfte, der philippinischen Nationalpolizei und der paramilitärischen CAFGU gestartet zu haben, was zu Verlusten führte, die einem Zug der feindlichen Streitkräfte entsprechen.

Auf der Insel Negros hat die NPA in den vergangenen zwei Wochen eine Reihe von Scharfschützenangriffen und Schikanen gegen AFP- und PNP-Einheiten durchgeführt.

Am 1. November schoss die NPA auf eine Polizeistation im Dorf Trinidad in Guihulngan City und verletzte dabei zwei Polizisten. Am 30. Oktober und erneut am 1. November feuerten NPA-Scharfschützen auf ein AFP-Lager im Bezirk Budlasan, Canlaon City, und töteten einen Soldaten und verwundeten einen weiteren.

Am 29. Oktober kam es zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen der NPA und dem 62. Infanteriebataillon der AFP im Bezirk Planas, Guihulngan City, bei dem fünf AFP-Kämpfer getötet wurden. Sechs Stunden später kam es in einem anderen Bezirk derselben Stadt zu einem weiteren Zusammenstoß, bei dem ein roter NPA-Kämpfer starb.

In der Region Cordillera im Norden der Philippinen griff die NPA am 27. Oktober Soldaten des 24. Infanteriebataillons der AFP in der Stadt Malibcong in der Provinz Abra an. Zwei AFP-Soldaten wurden getötet, ein weiterer wurde verwundet. Die NPA-Cordillera erklärte, der Hinterhalt sei eine Strafe für die Angriffe der AFP und die Unterdrückung der indigenen Igorot-Gemeinschaften, die sich gegen die umweltzerstörenden Bergbauarbeiten in den Provinzen Abra und Apayao wehren.

Die NPA-Cordillera berichtete außerdem von bewaffneten Offensiven gegen die AFP am 30. Juni, 9. Juli und 18. August in Abra und Apayao, bei denen fünf bewaffnete Söldner getötet wurden.

In der Zwischenzeit bezeichnete Marco Valbuena, Chief Information Officer der Kommunistischen Partei der Philippinen, die Behauptungen der Regierung Marcos jr. als "völlig lächerlich", dass die NPA nur noch in fünf Guerilla-Fronten operiere. Er wies darauf hin, dass jedes der 14 NPA-Regionalkommandos über mehr als fünf Guerilla-Fronten verfüge.

Valbuena sagte: "Die übertriebenen Behauptungen, die NPA zerschlagen zu haben, sind für ausländische kapitalistische Investoren gedacht, die das Marcos-Regime einladen möchte, die Bodenschätze und andere natürliche Ressourcen des Landes zu plündern." **UP**